

DIE LINKE. Ratsfraktion Herten · Kurt-Schumacher-Str.2 · 45699 Herten

An den Bürgermeister der Stadt Herten  
Herrn Dr. Ulrich Paetzel  
Kurt-Schumacher-Str. 2  
45699 Herten

**Martina Ruhardt**  
Fraktionsvorsitzende

**Stefan Springer**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.  
Fraktion im Rat der Stadt Herten  
Kurt-Schumacher-Str. 2  
45699 Herten

☎ 02366/30 - 3540  
✉ ratsfraktion@dielinke-herten.de  
🌐 www.dielinke-herten.de

24. Januar 2015

### **Antrag „Herten soll plastiktütenfreie Stadt werden“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in einer Sitzung des Koblenzer Stadtrats stellten SPD und GRÜNE einen gemeinsamen Antrag, dass Koblenz zum plastiktütenfreien Vorbild in Rheinland-Pfalz werden solle. Wegen der unbestreitbaren Vorteile der Müllvermeidung setzte die Stadtverwaltung Koblenz diesen Beschluss um.

Im Jahr 2012 wurde Herten vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative als eine von 19 Städten in Deutschland für die Umsetzung eines „Masterplan 100% Klimaschutz“ ausgewählt.

In diesem Zusammenhang bittet Sie die Fraktion DIE LINKE, folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des Rates zu behandeln:

#### **Antrag:**

1. Der Rat der Stadt Herten fordert die Verwaltung auf, einen Runden Tisch mit dem Hertener Einzelhandel zu initiieren. Dabei sollen die Möglichkeiten eines freiwilligen Verzichtes von Plastiktüten im Einzelhandel erörtert werden. Eingeladen werden Vertreterinnen und Vertreter der Wochenmärkte, des Stadtmarketings, der Werbe- und Interessengemeinschaften der Stadtteile sowie andere Beteiligte.
2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, das Projekt in der Presse anzukündigen und den Einzelhandel sowie die Gewerbetreibenden über diese Aktion zu informieren.
3. Die Verwaltung informiert ebenfalls die Bürgerinnen und Bürger über die negativen Folgen des Gebrauchs von Plastiktüten durch Veröffentlichungen und in Veranstaltungen.
4. In den zuständigen Fachausschüssen wird über die Ergebnisse des Runden Tisches berichtet.

#### **Begründung:**

Auch Herten könnte durch einen freiwilligen Verzicht auf Plastiktüten einen erheblichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten und eine Vorbildfunktion übernehmen. Wie aus der Begründung des Koblenzer Antrages zu entnehmen ist, werden für die Herstellung jeder einzelnen Plastiktüte 50 Milliliter Erdöl benötigt.

Lt. Koblenzer Antrag beträgt der statistische Durchschnittsverbrauch pro Einwohner 65 Tüten im Jahr.

Der jährliche Erdölbedarf unserer Stadt für Plastiktüten beläuft sich - analog zu der für Koblenz angestellten Rechnung - demnach auf ca. 200.200 Liter. Auch in unserer Stadt werden somit enorme Ressourcen unnötig verschwendet, weil die meisten Plastiktüten bereits nach einmaligem Gebrauch in den Verbrennungsanlagen oder auf der Mülldeponie landen.

Auch unsere Stadt könnte mit ihrem Engagement als Klimastadt eine Initiative starten, damit Bürgerinnen und Bürgern umweltfreundliche Alternativen zu Plastiktüten angeboten werden. Denn Umfragen belegen, dass die Mehrheit der Konsumentinnen und Konsumenten bereit ist, sich umweltfreundlich zu verhalten, wenn es praktikable Angebote dafür gibt.

Mit freundlichen Grüßen

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Herten



Martina Ruhardt

Stefan Springer

**Anlage:  
Stellungnahme der Stadtverwaltung Koblenz zum Antrag**

## **Stellungnahme zum Antrag**

**Nr. AT/0100/2014**

Beratung im **Stadtrat** am **13.11.2014**, TOP 27 öffentliche Sitzung

**Betreff: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und SPD: Koblenz soll zum plastiktütenfreien Vorbild werden**

### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Verwaltung begrüßt den Antrag zur Vermeidung von Plastiktüten durch einen freiwilligen Verzicht des Handels in Koblenz.

In Berlin wird solch ein Projekt durch die Deutsche Umwelthilfe mit erheblichem Kosten- und Personalaufwand betrieben, das auch weit über Berlin hinaus Aufmerksamkeit erhielt. Nicht zuletzt wegen des Weltrekordversuchs.

Das Modellprojekt verfolgt dabei drei Handlungsstränge:

- Information der Bevölkerung
- Kooperation mit dem Handel zur Vermeidung von Einwegtüten
- Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten für die Politik

Ein von der Deutschen Umwelthilfe beauftragtes Rechtsgutachten hat ergeben, dass auf kommunaler Ebene ein solches Projekt nur auf Freiwilligkeit basierend durchgeführt werden kann. Entsprechend dem Antrag bietet sich hierfür ein Gespräch mit dem Einzelhandel, seinen Vertretern und den verschiedenen Zusammenschlüssen an, um gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, die die Flut an Plastiktüten eindämmen.

Einen völligen Verzicht des Handels auf Plastiktüten zu erreichen, wird aber auf Grund der Freiwilligkeit als nicht realistisch angesehen.

Eine erste, kleine Anfrage beim Einzelhandel hat gezeigt, dass die Plastiktüte ein wichtiges Marketinginstrument des Einzelhandels ist und man einem Verzicht hierauf kritisch gegenübersteht.

Wie in Berlin, wird auch in Koblenz die Information der Bevölkerung und deren aktive Einbeziehung ein Baustein sein. Eine Möglichkeit hier aktiv zu werden, sehen wir beispielsweise in der Realisierung einer „Koblenz-Tasche“, die die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Ihrer Stadt und dem Gedanken der Müllvermeidung zusammenführt.

Eine solche Tasche könnte im teilnehmenden Einzelhandel und anderen Stellen vertrieben werden. Durch die „Schutzgebühr“ würde sich das Projekt refinanzieren und keine weitere Belastung des Einzelhandels sowie der Verwaltung entstehen. Hier kann man auf die Erfahrungen anderer Kommunen z.B. Neustadt zurückgreifen.

Eine entsprechende Information und Bewerbung des Projekts in den Medien und die Berichterstattung in den Gremien versteht sich von selbst.

**Beschlussempfehlung der Verwaltung:**

**Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag entsprechend zu unterstützen und im Rahmen der Möglichkeiten auf der Basis eines freiwilligen Verzichtes auf ein plastiktütenfreies Koblenz hinzuarbeiten.**